

Eidgenössische Politik
Mensch (Bundesrat)
werde wesentlich!
von Prof. Dr. Karl Spühler
Seite 2

Kanton Zürich
Im Schneekentempo
durch die Sitzung
von Tobias Infortuna
Seite 3

Aktuell
Unsere Armee in
Ordnung bringen
von Christoph Blocher
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Linke Meinungsdiktatur
Stadt Zürich
von Samuel Balsiger
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Podium STAF 2
24. April 2025
Bonstetten
Seite 4

GRENZSCHUTZ-INITIATIVE WICHTIGER DENN JE!

Kriminalstatistik 2024 – Kriminalität bekämpfen, heisst Grenzen schützen

Anfang letzter Woche hat der Bund die Kriminalstatistik für das Jahr 2024 veröffentlicht. Die darin enthaltenen Zahlen stimmen mich wütend: Im Jahr 2024 wurden über 560 000 Straftaten registriert, das sind 8 Prozent(!) mehr als 2023.



Kriminalität bekämpfen, heisst Grenzen schützen! Es braucht die Grenzschutz-Initiative der SVP.

Bild: Adobe Stock

Analysiert man die Zahlen genau, sticht insbesondere ein Faktum heraus: Die Ausländerkriminalität. 54 Prozent aller Straftaten wurden von Ausländern verübt. Hier gilt es, zu erwähnen, dass der Ausländeranteil gemessen an der Gesamtbevölkerung der Schweiz 27 Prozent beträgt. Die Ausländerkriminali-

tät ist also überproportional extrem hoch.

Auffallend ist die hohe Quote der Straftaten im Asylbereich: 7 Prozent aller Straftaten werden von Asylanten verübt. In Zahlen sind das 6147. Das ist gegenüber 2009 eine Verdopplung.

Ebenfalls erschreckend ist die hohe Zahl der schweren Gewaltstraftaten, diese stiegen um 19,4 Prozent an. Das entspricht dem höchsten Wert seit 2009. Zugewonnen haben bei den schweren Gewaltstraftaten die schwere Körperverletzung (+16,9 Prozent), Vergewaltigung (+29,4 Prozent) und schwerer Raub

(+21,6 Prozent). Die Mehrheit aller Gewaltstraftaten wurde im öffentlichen Raum verübt (55,3 Prozent), 42,2 Prozent ereigneten sich im privaten Raum.

Ebenfalls massiv zugenommen haben Einbruchsdiebstähle von sogenannten Kriminaltouristen. Das sind Banden, welche ausschliesslich zur Einbruchs- und Diebestour in die Schweiz kommen.

Was unternimmt der zuständige Justizminister, Bundesrat Beat Jans, gegen diese Misere? Nichts! Er schläft weiter und spielt diese schlimmen Verbrechen herunter. Ausländische Diebesbanden können weiterhin zum Beispiel aus Rumänien oder Bulgarien ungehindert in unser Land reisen und ihre kriminellen Aktivitäten durchführen. Sie müssen nicht damit rechnen, an unserer Grenze kontrolliert zu werden. Denn: Beim Einreisen in die Schweiz finden keine Grenzkontrollen statt. Bundesrat Jans begründet die fehlenden Grenzkontrollen mit dem Schengen-Abkommen. Da seien Grenzkontrollen nicht zulässig. Doch: Alle Länder um uns herum, also Italien, Österreich, Deutschland und Frankreich, sind ebenfalls Bestandteil des sogenannten Schengen-Landes. Diese Länder führen aber zum grossen Teil systematische Grenzkontrollen durch.

Das Gleiche gilt für den Asylbereich. Eigentlich sollte man annehmen, dass diese Menschen aus Angst vor der Gewalt in ihren Herkunftsländern zu uns in die Schweiz kommen, doch weit gefehlt. Gerade in diesem Bereich ist die Kriminalitätsrate steil angestiegen. Unsere «Es kann jeder kommen und wir schaffen das»-Politik funktioniert nicht. Viele dieser Menschen nutzen unser Laissez-faire-System gnadenlos aus. Denn auch für sie gilt: Werden sie bei ihren

kriminellen Machenschaften erwischt, drohen ihnen kaum rigorose Konsequenzen. Meist können sie wegen fehlender Rücknahmeverträge nicht in ihr Herkunftsland ausgeschafft werden. Zudem würden sie ja dort – so die Meinung des Schweizer Justizministers – an ihrem Leben bedroht.

Die SVP fordert seit Jahren, dass die Zügel im Asylbereich massiv angezogen werden. Kriminelle Ausländer haben generell ihr Bleiberecht in der Schweiz ohne Wenn und Aber verspielt. Sie gehören sofort ausgeschafft. Die Schweizer Aussengrenze muss wieder systematisch und lückenlos kontrolliert werden. Wir müssen und wollen wissen, wer, wieso, woher und wie lange kommt. Andere Länder machen das seit langem sehr erfolgreich vor. Doch Bundesrat Beat Jans macht nichts dergleichen. Mit seinen Genossenfreunden redet er die Probleme klein. Was es jetzt braucht, sind generell härtere Strafen. Zusätzlich müssen kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden!

Aber das Allerwichtigste: Kriminalität bekämpfen, heisst Grenzen schützen!

Es braucht die Grenzschutz-Initiative der SVP, um der importierten Kriminalität endlich den Riegel zu schieben! Bitte unterschreiben Sie diese noch heute, damit die SVP diese Initiative so schnell wie möglich einreichen kann. Es ist dringender denn je!



Mauro Tuena
Nationalrat SVP
Zürich

Zürcher Untergang verhindern!
Meh Lohn für eusi Lüüt.

JA zur Steuersenkung

steuersenkung-ja.ch



SVP des Kantons Zürich | IBAN CH17 0900 0000 8003 5741 3



Hier könnte Ihre Werbung stehen
oder an mehr als 100 anderen Standorten
Blickfänger.ch

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!
info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19


blickfänger.ch
Auffallend mobil. Auffallend günstig.



Christoph
Mörgeli

Bermudas, Panama, SP Schweiz

In der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens sprach SVP-Nationalrat Thomas Matter im Zusammenhang mit exorbitanten Boni von «Managersozialismus». Denn manche Manager würden sich genau wie die Linken am Geld anderer bedienen. SP-Präsident Cédric Wermuth entgegnete mit strenger Miene: «Und die Parteispenden der UBS, die Deine Partei entgegennimmt?» In der Tat hat die UBS den bürgerlichen Parteien Geld gespendet. Ist die SP deswegen am Spendentopf der Schweizer Banken leer ausgegangen? Quatsch mit Sauce.

Um die angeblich schmutzigen Bankenspenden zu verschleiern, hat die SP 2019 die Anny Klawamorf-Stiftung gegründet – benannt nach einer sozialistischen Frauenrechtlerin. Den Stiftungsrat präsidiert SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. 2020 bis 2022 kaschierte diese SP-Stiftung von der Credit Suisse die hübsche Summe von 598 000 Franken. Was den Untergang dieser Traditionsbank eher beschleunigt als verlangsamt hat. Die UBS spendete der SP-Stiftung für «Europabildung» immerhin 10 000 Franken.

2023 klagte die linke Stiftung über ein Defizit wegen «ausgebliebener Spende der Credit Suisse (heute UBS)». Um gleichzeitig mitzuteilen: «Von der UBS werden wir derzeit nicht berücksichtigt – was wir sehr bedauern.» Dieses Bedauern passt schlecht zu den neusten Vorstößen der SP. Diese wollen nämlich den Grossbanken verbieten, Geld an die Politik zu spenden. In zwei im National- und Ständerat eingereichten Motiven verlangt die SP für öffentliche und systemrelevante Unternehmen ein Verbot für Spenden an Parteien und politische Akteure. Cédric Wermuths Vorwurf an die bürgerlichen Parteien, sie würden von den Banken Geld nehmen, ist unredlich, hinterhältig und ziemlich niederträchtig. Denn die Kritiker der Elche sind selber welche. Die Gründung einer SP-Scheininstiftung zwecks Verschleierung von Parteispenden ist kein Zeichen politischer Transparenz. Sie gemahnt eher an Offshore-Plätze wie Cayman Island, Bermudas oder Panama. Doch die Bürgerlichen fühlen sich auf dem Leim so richtig wohl, auf den sie den Linken ständig kriechen.

ZUM EU-VERTRAGSPAKET

Mensch (Bundesrat) werde wesentlich!

Neu ist Bern zu allen Konzessionen an EU und Gewerkschaften bereit. Es wird vergessen, dass es um ganz andere Werte geht. Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung werden missachtet.



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur

Lohn- und Kündigungsschutz sind wichtig. Sie dürfen aber nicht entscheidend sein. Dies übersehen nicht nur Linke, sondern auch viele Freisinnige – zum Glück nicht alle – sowie leider auch die Economiesuisse. Alle lassen sich einlullen. Bleiben wir sachlich: Viele Probleme des Arbeitsrechtes können innerstaatlich geregelt werden. Es können schweizerische Lösungen erarbeitet und

gefunden werden. So in unserem öffentlichen und privaten Arbeitsrecht. Hierzu brauchen wir das interventionistische und wirtschaftsfeindliche EU-Recht nicht. Die verbleibenden Probleme können auf bewährte Art und Weise staatsvertraglich, nicht nur mit den EU-Staaten, geregelt werden. Das Schweizer Volk wird durch die neusten Zusagen von Bern arg getäuscht.

Fremdes Recht und fremde Richter stehen im Zentrum

Besinnen wir uns endlich auf die Sache. Unsere Freiheit und Unabhängigkeit werden vor allem durch fremdes Recht bedroht. Der Lohn- und Kündigungsschutz ist staatsrechtlich und staatspo-

litisch nur zweit- oder drittrangig; sie müssen und sie können auch anderweitig gelöst werden. Wer die Sache zu Ende denkt, für den ist das EU-Vertragspaket gar nicht nötig. Seine Weiterverfolgung führt nur zu Unfrieden und hohen Kosten, die letztlich vom Steuerzahler zu berappen sind. Das nachfolgende Beispiel möge, so klein es ist, zeigen, zu welchen Leerläufen, Unsinnigkeiten und Kosten es führt, wenn wir nicht Halt gebieten.

Ein kleines Beispiel

Zunehmend werden bei Gerichten Klagen eingereicht, deren Sachverhalte schon richterlich beurteilt worden sind oder hängig sind. Es gilt, die Beklagten

vor ihnen zu schützen. Es ist ein dringliches Gebot, dass auch die Gerichte vor unnötigen Klagen geschützt werden. Es ist dabei zu beachten, dass die Gerichtsgebühren den finanziellen Aufwand der Gerichtsbarkeit bei Weitem nicht zu decken vermögen. Aus allen diesen Gründen wurde seit Jahrzehnten in der Schweiz der Begriff des Lebenssachverhaltes praktiziert. Wenn eine zweite Klage zwischen denselben Parteien den gleichen Lebenssachverhalt betraf, wurde auf diese nicht eingetreten. Dies diente wie dargelegt dem Schutz des Beklagten, der Gerichtsbarkeit und letztlich dem Steuerzahler.

Diese bewährte Lösung gefiel den Organen der EU nicht. Der Europäische Gerichtshof erachtete den Lebenssachverhalt (z.B. einen Autounfall) als verfehltes Kriterium. Er erklärte stattdessen den «Kernpunkt» einer Klage als massgebend. Dabei bedachte er nicht, dass eine Klage in der Regel zwei oder noch mehr Kernpunkte aufweist. Das Chaos liess nicht lange auf sich warten. Eine Reihe von meist linken Richterinnen und Richtern folgte voreilig der «Errungenschaft» des Europäischen Gerichtshofes. Das Schweizerische Bundesgericht schuf mit einem Leiturteil vor einigen Tagen Ordnung und Klarheit. Die schweizerischen Gerichte haben wieder mit aller Klarheit auf den Lebenssachverhalt abzustellen.

Fazit

Selbstverständlich ist dies in den Tamedia-Publikationen und auch in der NZZ nicht nachzulesen. Für sie sind derartige «Kleinigkeiten» nicht wichtig. Sie übersehen jedoch, dass viele Kleinigkeiten, vor allem auch finanziell, zu einer erheblichen Belastung führen. Auch Details können unsere Freiheit und Unabhängigkeit einschränken. Dies mehr als der anderweitig und separat zu regelnde Lohnschutz. Hüten wir uns vor fremden Richtern und fremdem Recht.



Es ist ein dringliches Gebot, dass auch die Gerichte wie das Schweizerische Bundesgericht vor unnötigen Klagen geschützt werden.

Bild: Wikimedia

DEUTSCHLAND VOR DER REGIERUNGSBILDUNG

Panische Angst vor Volkes Meinung

In Deutschland plant die CDU zusammen mit dem Wahlverlierer SPD die neue Koalitionsregierung. Dabei diktieren die SPD die Themen. So soll die Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt werden.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

In den neuesten Meinungsumfragen liegt die rechte AfD von Alice Weidel nur noch einen Prozentpunkt hinter der CDU von Friedrich Merz.

Keine Verschärfung der Asylpolitik

Merz will unbedingt Kanzler werden. Für dieses Ziel opfert er sämtliche bürgerlichen Kernanliegen. So ist beispielsweise von einer vor der Wahl vollmundig verkündeten Verschärfung der Asylpolitik keine Rede mehr. Sonderschulden stehen im Vordergrund. Man will im Ukrainekrieg weiter aufrüsten und schreibt unrealistische Klimaziele in die Verfassung.

Discriminieren

Die grosse Klammer dieser wohl zukünftigen Regierung ist eine Anti-AfD-Politik. Die grösste Oppositionspartei wird auf allen Ebenen ausgetrickst. So bekam sie als einzige Partei keinen Vizepräsidenten im Parlament. Der älteste Abgeordnete des Hauses durfte die neue Legislatur nicht eröffnen, weil er zufällig Politiker der AfD ist. Stattdessen durfte der linke Abgeordnete Gregor Gysi, letzter Vorsitzender der «Mauermörderpartei» SED, die Eröffnungsrede halten. Das dokumentiert den ir-

lichernden Zustand der heutigen Politik in Deutschland. Ausgrenzen statt versöhnen, Geld ausgeben statt Schuldenbremse.

Was ist volksverhetzend?

Nun planen die Parteien CDU/CSU und SPD eine Verschärfung des sogenannten Volksverhetzungsparagraphen. Wer zweimal wegen Volksverhetzung angeklagt – nicht einmal verurteilt – wurde, verliert sein passives Wahlrecht. Das

wäre zum Beispiel beim AfD-Politiker Höcke der Fall. Und die Kriterien, was genau volksverhetzend ist, bestimmen die Koalitionsparteien.

Ausschaltung der Opposition

Man wird abwarten müssen, wie sich so eine «Politik der Ausschaltung von Opposition» weiter entwickeln wird. Tatsache ist, dass in anderen Staaten der EU das schon lange gang und gäbe ist. So will man dem ungarischen Minis-

terpräsidenten Viktor Orban das Stimmrecht im EU-Rat wegnehmen. In Rumänien wurde der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat gar nicht zur Wahl zugelassen und in Frankreich nimmt ein Gericht der Oppositionsführerin und aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen ebenfalls das passive Wahlrecht weg wegen einer angeblichen EU-Finanzaffäre. Eine demokratische Auseinandersetzung mit Meinungen wollen die Mächtigen in der EU offenbar unter allen Umständen verhindern. Sie haben panische Angst vor Volkes Meinung.



Die grosse Klammer dieser wohl zukünftigen Regierung ist eine Anti-AfD-Politik.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Im Schneckentempo durch die Sitzung

Die Debatte im Kantonsrat vom vergangenen Montag war lang und mühsam – wie der Stau in der Stadt Zürich. Es wurde viel gehupt und falsch geblinkt, aber schlussendlich überholte die Vernunft – allerdings mit nur einer einzigen Stimme Differenz.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Während am Montag in China vermutlich ganze Autobahnen gebaut wurden, diskutierte das Zürcher Parlament über die Verlangsamung des Verkehrs. Als Erstes ging es um die Mobilitätsinitiative. Diese fordert, dass weiterhin der Kanton für das Tempo auf Staatsstrassen zuständig sein soll. Oder anders ausgedrückt, dass die Städte Zürich und Winterthur nicht länger das Bundesrecht ignorieren, indem sie auf immer mehr Hauptverkehrsachsen Tempo 30 anordnen.

SVP-Kantonsrat Ueli Pfister erläuterte, dass Bundesrecht auch für Städte gilt. Nur in Ausnahmefällen darf davon abgewichen werden. Doch die Städte kehren den Grundsatz um, die Ausnahme wurde längst zur Regel. Ausgebremst würden damit auch die Ambulanzen,

die Feuerwehr, die Polizei, die Gewerbeleute und der ÖV.

Fliegende Teppiche

Die linksgrüne Ratsseite brachte immer wieder den Lärm und die Sicherheit ins Spiel, aber jedes Kind auf dem Dreirad weiss inzwischen, dass der wahre Grund darin liegt, die Autofahrer zu vergrauen. Doch auch das Öko-Müesli kommt nicht mit dem Tram ins Geschäft.

Daniela Rinderknecht (SVP) konnte aus ihrer Erfahrung aus dem Feuerwehrdienst erklären, dass auch im Ernstfall die signalisierte Geschwindigkeit um höchstens 50% überschritten werden darf. Das bedeutet, dass die Feuerwehr bei Tempo 30 im Schneckentempo von maximal 45 km/h zum Brand ausrückt.

Das kümmerte die gegnerische Seite im Rat nicht. Um es besonders absurd zu machen, kritisierten die Grünen, dass es immer mehr Autos gebe. Die zahllosen Zuwanderer fahren in ihren Augen offenbar nie Auto. Die Fachkräfte aus dem Orient besitzen nämlich alle einen fliegenden Teppich, und die jungen Ma-

chos aus dem Balkan motzen nicht schnelle Autos, sondern lediglich Schubkarren auf.

Im linken Seitenwagen

Für einmal spazierte die Mitte nicht auf der linken Seite mit, sondern stimmte mit SVP und FDP. Aber nur weil bei dieser Abstimmung zwei Kantonsräte der EVP aus dem linken Seitenwagen gefallen waren, kam es zu einer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme.

Im Anschluss ging es um die ÖV-Initiative. Diese verlangt, dass der ÖV nicht durch bauliche Massnahmen oder Tempo 30 verlangsamt werden darf. Und wenn doch, dass die anordnenden Gemeinden und nicht der Kanton die Mehrkosten tragen müssen, die entstehen, um die Qualität des ÖV halten zu können.

Ueli Pfister (SVP) führte aus, dass Tempo 30 die Reisezeiten des ÖV verlängert und die Anschlüsse somit nicht garantiert werden können. Die erste Lösung zu dieser Initiative ging ebenfalls zugunsten der SVP aus.

Das Toiletten-Geschäft

Viel zu reden gab auch das Postulat zu Unisex-Toiletten. Gastrobetriebe sollten von der Pflicht, geschlechtergetrennte Toiletten anzubieten, befreit werden. Die SVP unterstützte diese freiheitliche Haltung. Doch die linksgrüne Seite war gespalten. Obwohl diese uns seit Jahren beibringen möchte, dass Geschlechter nur ein soziales Konstrukt seien, fand sie sichere Rückzugsorte für Frauen nun plötzlich wichtig. Denn Belästigungen seien ein grosses Problem. SVP-Parteipräsident Domenik Ledergerber wies darauf hin, dass dieses Problem vielleicht mit der Zuwanderung zusammenhängen könnte. Das wollten die Linken und Grünen jedoch nicht hören.

Die Blase drückte den Kantonsräten noch nicht. Darum wurde noch ausgiebig über angeblich rassistische Kulturgüter gesprochen. Es ging darum, ob Bezeichnungen wie «Gasthaus zum Mohren» verboten werden sollten. Die Mehrheit unterstützte dieses Anliegen zum Glück nicht. Die Sitzung dauerte bis fast 18 Uhr. Eine Belohnung für Ausdauern gab es leider nicht, nicht einmal einen Mohrenkopf.



Gab im Rat viel zu reden: Die Pflicht, geschlechtergetrennte Toiletten anzubieten, soll für Gastrobetriebe aufgehoben werden.

Bild: pexels.com

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Die Maske ist gefallen

Kaum etwas ist in der jüngsten Geschichte der Schweizer Politik enttäuscher und fragwürdiger als das Verhalten gewisser Wirtschaftsverbände. Allen voran der Wirtschaftsdachverband economiesuisse mit seinem Slogan «Wirtschaft. Wir alle.». Da schlägt sich deren Präsident Christoph Mäder im Dezember 2024 medienwirksam auf die Brust und erklärt gegenüber der NZZ, dass eine Nettozuwanderung im sechsstelligen Bereich «einfach zu viel» sei. Ein selten ehrliches Eingeständnis eines Wirtschaftsvertreters, das viele Bürgerinnen und Bürger aufatmen liess. Man dachte: Endlich! Die Wirtschaft hat verstanden, dass die ungebremste Zuwanderung unsere Infrastruktur überfordert, unser Wohnraum verteuert, unsere Schulen belastet und unsere Gesellschaft spaltet.

Doch kaum liegt nun eine konkrete Lösung auf dem Tisch, wird das grosse Jammern wieder angestimmt. Die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» der Zürcher SVP, die nichts anderes verlangt, als dass der Bundesrat das Bevölkerungswachstum wirksam begrenzen soll, wird von

economiesuisse bekämpft – mit voller Wucht. Plötzlich ist die «zu hohe Zuwanderung» wieder kein Problem mehr. Plötzlich zählt nur noch das kurzfristige Interesse nach immer mehr Arbeitskräften, Konsumenten und Bauprojekten. Hauptsache, das Wirtschaftswachstum bleibt auf dem Papier hübsch positiv. Die Lebensrealität der Menschen – überfüllte Züge, steigende Mieten, zunehmende Kriminalität – wird dabei bewusst ausgeblendet.

Apropos Kriminalität: Die kürzlich veröffentlichte nationale Statistik zeigt erneut einen Anstieg – insbesondere der schweren Gewaltverbrechen. Und wer sie sich nüchtern anschaut, der erkennt rasch, dass ein überproportional grosser Anteil der Täter aus dem Ausland stammt. Diese Realität mag manch einem Wirtschaftsvertreter unangenehm sein – aber sie ist nicht wegzudiskutieren. Wenn man die Zuwanderung nicht in den Griff bekommt, dann gefährdet man nicht nur die Sozialwerke und unsere Naturlandschaft, sondern zunehmend auch die innere Sicherheit.



von
**Domenik
Ledergerber**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Freie Fahrt für freie Bürger



Ueli Pfister
Kantonsrat SVP
Egg

sind dies bereits 50%. Auch die Feuerwehren und die Polizei werden stark beeinträchtigt, auch wenn sie mit Blaulicht unterwegs sind. Die signalisierten Geschwindigkeiten dürfen nur beschränkt überschritten werden, ansonsten die Lenker mit einer Strafanzeige gemäss Raserartikel zu rechnen haben. Noch schlimmer ist es für die einrückenden Feuerwehrleute in den Dörfern. Sie müssen zuerst mit Tempo 30 ins Depot schleichen, bevor sie, auch verlangsamt, mit Blaulicht ausrücken können. Vorgaben der Gebäudeversicherung, wie zum Beispiel dass 10 Angehörige der Feuerwehr in 10 Minuten nach dem Alarm vor Ort sein müssen, können nicht mehr eingehalten werden.

Der ÖV wird ebenfalls massiv ausgebremst. Neben den hohen Kosten für zusätzliche Fahrer und Fahrzeuge verlängert sich die Reisezeit. Dadurch können Anschlüsse nicht mehr garantiert werden und der ÖV ist nicht mehr attraktiv.

Die Initiative löst all diese Probleme. Auf Hauptverkehrsachsen soll der Verkehr fliessen, in gut begründeten Ausnahmen (enge Ortszentren, Schulen etc.) kann weiter die Geschwindigkeit reduziert werden.

Den Städten wird die heutige Kompetenz, diese Geschwindigkeitsanordnungen zu verfügen, genommen. Der Kanton verfügt diese Anordnungen wieder auf dem ganzen Kantonsgebiet. Alle Gemeinden im Kanton werden mit denselben Kriterien beurteilt. Gleiches Recht für alle und nicht für wenige.

Diese Initiative stellt die Weichen zur Gleichbehandlung aller Bürger im Kanton Zürich. Geschwindigkeitsreduktionen dürfen nicht mehr aus ideologischen Gründen angeordnet werden.



Feuerwehr in der Tempo-30-Zone: Die Einsatzzeit wird massiv verlängert. Bild: zvg

Scannen Sie den QR-Code,
um die aktuellen Videos der
SVP Kantonsratsfraktion
zu sehen.



FÜR EIN BEZAHLBARES GESUNDHEITSWESEN

Mindestfranchise anpassen, Eigenverantwortung stärken

Die stetig steigenden Krankenkassenprämien in der Schweiz belasten die Bevölkerung zunehmend, während das Gesundheitswesen immer ineffizienter und kostenintensiver wird. Eine der Hauptursachen dieser Entwicklung ist der mangelnde Anreiz zur Eigenverantwortung im Umgang mit medizinischen Leistungen.



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich
Rickenbach

Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat hat deshalb eine Motion zur Anpassung der Mindestfranchise der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) unterstützt. Ziel ist es, die Franchise realitätsgerecht anzupassen und damit einen wichtigen Beitrag zur Kostendämpfung zu leisten.

Gesundheitskosten steigen unaufhaltsam

Die Gesundheitskosten in der Schweiz wachsen seit Jahren rasant. Höhere Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen, teure Behandlungen und ein zunehmend bürokratischer Verwaltungsapparat treiben die Kosten weiter in die Höhe. Besonders der Mittelstand



Während Geringverdiener durch Prämienverbilligungen entlastet werden und Spitzerverdiener sich hohe Prämien leisten können, geraten Familien mit durchschnittlichem Einkommen zunehmend unter Druck.

Bild: Pexels

leidet unter den steigenden Prämien, während das aktuelle System kaum Anreize zur Kosteneffizienz setzt.

Seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes 1996 erhöhte der Bundesrat die ordentliche Franchise zwar mehrmals, das letzte Mal vor über zwanzig Jahren. Die Mindestfranchise betrug beim Inkrafttreten 150 Franken und wurde 1998 auf 230 Franken erhöht. Die aktuelle Mindestfranchise von 300 Franken, die seit 2004 unverändert geblieben ist, fördert genau dieses Fehlverhalten: Wer wenig oder nichts zur eigenen Gesundheitsversorgung beiträgt, neigt dazu, medizinische Leistungen ohne echte Notwendigkeit in Anspruch zu nehmen. Dies treibt die Kosten für alle Versicherten in die Höhe und macht eine Anpassung der Franchise unumgänglich.

Mehr Eigenverantwortung senkt die Kosten

Die SVP setzt sich konsequent für mehr Eigenverantwortung im Gesundheitswesen ein. Eine realitätsnahe Erhöhung der Mindestfranchise würde dazu beitragen, dass Versicherte bewusster mit medizinischen Leistungen umgehen. Wer einen grösseren Teil der Gesundheitskosten selbst trägt, prüft sorgfältiger, ob eine Konsultation wirklich erforderlich ist oder ob alternative Behandlungsmethoden in Betracht gezogen werden können.

Internationale Beispiele zeigen, dass höhere Selbstbehalte einen positiven Effekt auf die Gesundheitskosten haben. In Singapur etwa, wo Eigenverantwortung einen hohen Stellenwert hat, sind die Kosten pro Kopf deutlich niedriger als in der Schweiz bei vergleichbarem medizinischem Standard.

Den Mittelstand entlasten

Die Hauptlast der steigenden Gesundheitskosten trägt derzeit der Mittelstand. Während Geringverdiener durch Prämienverbilligungen entlastet werden und Spitzerverdiener sich hohe Prämien leisten können, geraten Familien mit durchschnittlichem Einkommen zunehmend unter Druck. Eine Anpassung der Mindestfranchise würde langfristig zu

stabilisieren Prämien führen und die finanzielle Belastung gerechter verteilen.

Bereits heute haben Versicherte die Möglichkeit, durch die Wahl einer höheren Franchise Prämien zu sparen. Diese Option sollte flächendeckend genutzt werden, indem die Mindestfranchise erhöht und künftig regelmässig an wirtschaftliche Entwicklungen angepasst wird.

Weniger Umverteilung im Gesundheitswesen

Ein Gesundheitssystem, das auf exzessiver Umverteilung basiert und Eigenverantwortung untergräbt, gilt es abzulehnen. Es ist nicht gerecht, dass wenige die hohen Kosten vieler tragen. Wer medizinische Leistungen in Anspruch nimmt, soll auch bereit sein, einen angemessenen Beitrag dazu zu leisten. Dies ist nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch ein entscheidender Faktor für die langfristige Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems.

Andere Parteien setzen hingegen weiterhin auf eine verstärkte Umverteilung, was zusätzliche finanzielle Belastungen für hart arbeitende Bürger bedeutet. Es darf nicht sein, dass der Mittelstand weiter geschöpft wird, während unrealistische Forderungen nach einem kostenfreien Gesundheitswesen laut werden.

Fazit: Eine überfällige Reform

Die Anpassung der Mindestfranchise ist längst angezeigt. Sie fördert Eigenverantwortung, senkt unnötige Gesundheitskosten und entlastet den Mittelstand. Die SVP setzt sich für eine nachhaltige, gerechte und tragfähige Finanzierung des Gesundheitssystems ein – ohne unnötige Bürokratie und übermässige Umverteilung.

Gleichzeitig ist eine Begrenzung der Zuwanderung unerlässlich, um das Gesundheitssystem langfristig stabil zu halten. Ohne klare Kontrollen wird die finanzielle Belastung weiter steigen. Daher fordert die SVP nicht nur eine Anpassung der Mindestfranchise, sondern auch eine konsequente Steuerung der Einwanderung – für ein bezahlbares, faires und effizientes Gesundheitssystem in der Schweiz.

SVP WALD

Erfolgreicher Anlass: «LÜCKE» mit Patti Basler und Philippe Kuhn begeistert in Wald ZH

Am Mittwochabend, 2. April 2025, fand im Saal des Restaurants Schwert in Wald ZH der unterhaltsame und zugleich politische Anlass «LÜCKE» mit der Satirikerin Patti Basler und dem Musiker Philippe Kuhn statt. Rund 100 Gäste folgten der Einladung und erlebten einen Abend voller Wortwitz, Musik und spannender Diskussionen.

Der Abend begann mit einem eindrucks- vollen Bühnenprogramm von Patti Basler und Philippe Kuhn. Mit scharfzüngiger Satire und pointierten Wortspielen begeisterte Basler das Publikum und brachte humorvoll aktuelle gesellschaftliche und politische Themen auf den Punkt. Kuhn untermauerte die Darbietung musikalisch und verlieh dem Programm eine besondere Note.

Im Anschluss an die Vorstellung wurde die «Walder Polit-Arena» eröffnet. Unter dem Thema «Behördararbeit zwischen Ernsthaftigkeit & Humor» diskutierten Vertreter verschiedener politischer Parteien sowie der Schulpflege. Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Philippe Kuhn. Gäste auf dem Podium waren:

- Patti Basler, Satirikerin, Autorin, Kabarettistin
- Ernst Kocher (SVP), Gemeindepräsident
- Sandy Hiltebrand (Grüne), RPK
- Rony Riedo (FDP), RPK
- Benjamin Herger (SVP), Schulpflege

Die Diskussion bot interessante Einblicke in die Herausforderungen der Behördararbeit und sorgte für lebendige Debatten. Der gelungene Mix aus Humor und Ernsthaftigkeit wurde von den Anwesenden sehr geschätzt.

Dank der Unterstützung durch Sponsoren konnte der Anlass bei freiem Eintritt durchgeführt werden. Der Apéro im Anschluss bot den Gästen zudem die Gelegenheit für persönliche Gespräche und einen angeregten Austausch mit den Diskussionsteilnehmern.

Der Abend wurde von der Walder SVP organisiert und trug zur politischen Meinungsbildung sowie zur Förderung des gesellschaftlichen Dialogs bei. Die positive Resonanz zeigt, dass das Interesse an humorvollen, aber dennoch tiefgehenden politischen Veranstaltungen gross ist.

Raphael Londero,
Aktuar SVP Wald



Rund 100 Gäste folgten der Einladung der Walder SVP zum unterhaltsamen, aber auch politischen Anlass.

Bild: zVg

SVP NEERACH

Marcel Dettling zu Asylchaos und EU

Am 31. März 2025 fand im Restaurant Kreuz in Steinmaur die ordentliche GV der Sektion Neerach statt. Rund 22 Mitglieder nahmen daran teil.

Erfreulich war, dass mindestens nochmals die gleiche Anzahl aus benachbarten Sektionen der Einladung folgten,

um unserem SVP-Schweiz-Präsidenten und Nationalrat Marcel Dettling nach Ende der GV zuzuhören. Die General-

versammlung wurde vom Präsidenten und Kantonsrat Karl Heinz Meyer speziell abgewickelt. Die GV konnte zwei neue Mitglieder aufnehmen. Der Präsident stellte die Abstimmung zur Steuervorlage STAF 2 vom 18. Mai vor. Er ermahnte die Teilnehmer, dass es auf jede Stimme ankommen wird.

Nach der Versammlung wurde den Mitgliedern Fleischkäse mit Spätzli und Gemüse offeriert.

Ab 20:10 Uhr konnte Nationalrat Marcel Dettling das Wort an den vollen Saal richten. Seine Ausführungen, sei es über das Asylchaos, die übermässige Einwanderung oder den Knebelvertrag mit der EU, haben alle Anwesenden begeistert und in den Bann gezogen. Viele Fragen aus dem Publikum wurden von ihm klar und kompetent beantwortet. Im Anschluss nahm er sich noch Zeit für einzelne Gespräche mit der Parteibasis. Es besteht kein Zweifel: Mit Marcel Dettling haben wir einen kompetenten, glaubwürdigen und geerdeten Präsidenten an der Spitze unserer SVP Schweiz.



Parteipräsident SVP Schweiz, NR Marcel Dettling, beantwortete kompetent alle Fragen der anwesenden Parteimitglieder.

Bild: zVg

Karl Heinz Meyer,
Kantonsrat SVP Neerach

SVP Bonstetten

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal

Donnerstag, 24. April 2025 (19.30 Uhr)

Abstimmung Änderung Steuergesetz (Unternehmenssteuern)

Podium zum Referendum gegen die Senkung der Unternehmenssteuer von 1 %

«Nein zur Steuersenkung»
Hannah Pfalzgraf, KR SP Mettmenstetten

«Ja zur Steuervorlage»
Marc Bochsler, KR SVP Wetzwil

Spital Affoltern

Aktuelle Situation zum Spital Affoltern
Referent: Stefan Gysler, VR Präsident, Spital Affoltern

Podium Bonstetten zur Volksabstimmung Änderung Steuergesetz vom 18. Mai 2025. Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche. Wir freuen uns, viele Interessierte am 24. April begrüssen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen

SVP BEZIRK WINTERTHUR

Eine Delegiertenversammlung mit Wind in den Segeln

Mit den Worten «Das Essen wurde bereits serviert, denn ich möchte nicht, dass ihr mir noch verhungert» eröffnete Urs Wegmann, Präsident der SVP des Bezirks Winterthur, die ordentliche Delegiertenversammlung im Restaurant Sagi in Bertschikon.

Nahezu auf den Tag genau vor einem Jahr übernahm er – neben seinem Amt als Kantonsrat – das Bezirkspräsidium und es wird von Anfang an klar, dass er die diesjährige Versammlung im gleichen effizienten Tempo wie sein Vorgänger Tobias Weidmann durchführen möchte. Nach kürzester Zeit war der Stimmenzähler gewählt und das letzjährige Protokoll von den Anwesenden abgenommen, sodass sich die zahlreich erschienenen Delegierten auf den Jahresrückblick der verschiedenen Präsidenten unseres Bezirks fokussieren konnten.

Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr

Neben dem von Peter Uhlmann organisierten Bezirksbehördenanlass standen zahlreiche weitere Veranstaltungshöhepunkte wie «SVP bi de Lüt», Podiumsdiskussionen, das SVP-Jassturnier sowie der äusserst erfolgreiche Stand an der Winti Mäss auf der letzjährigen Agenda. Während sich Marc Peter, Präsident des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Winterthur, bei seinem Rückblick vor allem über die erfolgreiche Bekämpfung der Biodiversitätsinitiative freute,

durfte Tim Kramer, Präsident der JSVP, auf ein durch und durch rosiges Jahr zurückblicken. Die jungen SVP-Mitglieder des Bezirks Winterthur/Andelfingen verstärkten ihre öffentliche Präsenz beispielsweise mit dem Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative und mit ihrem Stand an der Hettlinger Dorfet, der mit dem mechanischen Bullenreiten die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zog. Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die JSVP ihre Mitgliederzahl im Verlauf des letzten Jahres auf rund sechzig Mitglieder verdoppeln (!) konnte.

Neben diesen erfreulichen Nachrichten der JSVP gehörten auch zwei Verabschiedungen zum Abendprogramm: Statthalterin Karin Egli-Zimmermann sowie Bezirksrat Urs Fischer wurden vom Bezirk verdankt und mit einer kreativen Einkaufstasche beschenkt.

Steuerpolitik im Fokus

Genauso wichtig wie der Blick auf das vergangene Jahr ist der Blick auf die bevorstehenden Abstimmungen. Kantonsrat René Isler setzt sich vehement für die Bekämpfung der Individualbe-

steuerung ein. Gemäss seinen Recherchen wäre der Kanton Zürich bei Annahme der Initiative genötigt, 1300 neue Stellen in einem Kalenderjahr zu schaffen, sodass der zusätzliche Aufwand bewältigt werden könnte. Außerdem müssten Ehepaare alljährlich eine «Scheidung», sprich eine Güterrechte Trennung, durchlaufen, da die zu besteuern Güter einer Aufteilung bedürfen.

Die Steuerpolitik sowohl auf nationaler als auch kantonaler Ebene ist eine Kernthematik dieser Delegiertenversammlung. Der Nationalrat Martin Hübscher weist auf die Mobilität der reichen Bevölkerungsschicht hin, was sich schlussendlich negativ auf den Mittelstand auswirken kann. Dieser Umstand wird im Anschluss an die Delegiertenversammlung in einem inbrünstigen Referat von Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann nochmals aufgegriffen und verdeutlicht; er spricht sich dafür aus, dass der zweite Schritt der kantonalen Steuervorlage 17 an der Abstimmung am kommenden 18. Mai deutlich angenommen wird und somit der Gewinnsteuersatz von ansässigen Unternehmen im Kanton Zürich von sieben auf sechs Prozent gesenkt wird. «Unternehmen zahlen keine Steuern, sondern nur Menschen», betonte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman, weil die Unternehmenssteuer schlussendlich indirekt von den Kunden, Mitarbeitern und Aktionären übernommen wird.

Auch wenn die Linken fälschlicherweise gerne betonen, wie vorteilhaft die Besteuerung der kapitalistischen Grosskonzerne anstatt des einfachen Bürgers sei, so genügt es, die Statistik der anderen Kantone in Augenschein zu nehmen, um jene Argumentation zu entkräften. Die allgemeine Tendenz ist eindeutig: Ein tieferer Steuersatz für Unternehmen führt im Vergleich zur vorherigen Situation schon nach kurzer Zeit zu mehr Steuereinnahmen, da die Unternehmen nicht nur vermehrt von einem Wegzug aus dem betreffenden Kanton absehen, sondern auch mehr Unternehmen sich für diesen Kanton entscheiden. Bei einer Annahme dieser Vorlage bleiben regionale Arbeitsplätze erhalten und der Wirtschaftsstandort Zürich wird für die Zukunft gestärkt.

Der kurzweilige Abend war nicht zuletzt für die Delegierten äusserst angenehm und gab ihnen Rückenwind für die bevorstehenden Aufgaben.

Kevin Kübler,
Redaktor und Vorstand
SVP Bezirk Winterthur,
Turbenthal



Bezirkspräsident und Kantonsrat Urs Wegmann verabschiedet und verdankt die beiden Abtretenden: Statthalterin Karin Egli-Zimmermann und Bezirksrat Urs Fischer.

Bild: Kevin Kübler

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT WINTERTHUR

SVP Winterthur nominiert Christian Hartmann für den Stadtrat

Die Zusammensetzung des Stadtrates sollte die Bevölkerung möglichst gut abbilden. Nur wenn alle relevanten Kräfte eingebunden werden, sind tragfähige Lösungen möglich, die Winterthur vorwärtsbringen. Mit einem Wähleranteil von über 15 Prozent hat die SVP Anspruch auf einen Stadtratssitz.

Deshalb hat die Generalversammlung der SVP Stadt Winterthur am 26. März 2025 Unternehmer und Stadtparlamentarier Christian Hartmann einstimmig für die Stadtratswahlen vom 8. März 2026 nominiert.

Christian Hartmann ist seit 2020 im Stadtparlament und seit 2023 Fraktionspräsident sowie Präsident der Aufsichtskommission. Er ist Betriebswirtschaftler, KMU-Unternehmer und weit über die Partegrenze hinaus geschätzt. Hartmann ist ein Sachpolitiker im besten Sinne.

Mit Christian Hartmann tritt eine fühlungsstarke und erfahrene Persönlichkeit

keit an. Seine langjährige Tätigkeit als Projektleiter in der Schweiz, in Australien sowie China und sein partizipativer Führungsstil bilden eine ideale Basis für eine erfolgreiche Tätigkeit als Stadtrat.

«Winterthur ist eine wunderbare Stadt. Vieles funktioniert gut, doch manches liegt auch im Argen. Die Herausforderungen für die Zukunft sind gross. Ich trete als Stadtrat an, weil ich das Leben der Menschen verbessern will und ihre Sorgen ernst nehme. Ich will Winterthur vorwärtsbringen», erklärt Christian Hartmann seine Motivation für die Kandidatur.



Christian Hartmann wird im kommenden Jahr zur Wahl für den Stadtrat antreten.

Bild: SVP Stadt Winterthur

WELTORDNUNG IM UMBRUCH

Unsere Armee in Ordnung bringen

Länder haben keine Freunde, sondern Interessen. Wenn wir diese Interessen kennen, weiß man mehr über die Handlungsweise. China verteidigt erbittert seine Territorien, tritt heute selbstbewusst auf und fordert Amerika heraus. China denkt langfristig und weitet seinen wirtschaftlichen Einfluss auf alle Kontinente aus.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

und engagieren sich in der Ukraine. Aber auch im Nahen und Mittleren Osten und im Südchinesischen Meer. Die Regierung Trump findet: «Das ist militärisch für Amerika zu viel.» Darum ziehen sich die USA aus der Ukraine zurück und überlassen diese den restlichen NATO-Staaten.

Diese NATO-Staaten müssen deshalb aufrüsten. Die EU will 800 Milliarden Euro in die Rüstung stecken – aus leeren Kassen. Sie bleibt aber dennoch angewiesen auf die USA.

Die Schweiz muss sich wie immer selber verteidigen. Das ist erfolgreich mit der dauernden, bewaffneten und vollständigen Neutralität. Wir müssen unsere Armee rasch wieder in Ordnung bringen und unabhängig bleiben. Das hält einen allfälligen Feind ab. Vertrauen zu haben, dass ein anderes Land der Schweiz helfen würde, ist eine Illusion. Vertrauen verdient aber das zweihundertjährige bewährte Abwehrsystem.



Russland betrachtet die Ukraine als Teil des russischen Staatsgebiets.

Bild: Adobe Stock

ABSTIMMUNG ZUR STEUERVORLAGE STAF 2

JA zu einem starken Wirtschaftskanton Zürich

Am 18. Mai stimmt die Zürcher Stimmbewölkerung über die Steuervorlage 17 ab. Jene sieht eine Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen von 7 auf 6 Prozent vor.



Tiziana Meier
Sozialkommission SVP
Wangen-Brüttisellen

Gewinnsteuern, die der Kanton Zürich von den Unternehmen erhebt, heute die zweithöchsten der Schweiz. Die Position des Kantons Zürich hat sich in der Rangliste der steuerlichen Belastung für Unternehmen in den Kantonen laufend verschlechtert. Seit dem Jahr 2006 hat Zürich 12 Plätze eingebüßt. Folglich sind in den letzten Jahren mehr Unternehmen aus dem Kanton Zürich abgewandert, als neue hinzugezogen sind. Denn die Steuerbelastung ist in Nachbarkantonen wie Zug oder Schwyz sowie in anderen Wirtschaftszentren wie Basel-Stadt oder Genf deutlich tiefer als im Kanton Zürich. Mittlerweile wandern die Unternehmen aber auch in weitere benachbarte Kantone wie St. Gallen, Aargau, Schaffhausen oder Thurgau ab. Die Folge ist, dass Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Ausbildungssätze verloren gehen. Die im Mai zur Abstimmung stehende Änderung des Steuergesetzes hat zum Ziel, Zürich als Wirtschaftsstandort zu stärken. Insbesondere sollen Abwanderungen von Unternehmen und Standortwechsel von gewinnbringenden Geschäftstätigkeiten in andere Kantone verhindert werden. Dadurch kann das Steuersubstrat gestärkt sowie der Wohlstand der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich gesichert werden, was letzten Endes der Gesamtbevölkerung wieder zugutekommt.

Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort

Die Steuererträge von Unternehmen sind für den Wirtschaftskanton Zürich und seine Gemeinden von grosser Bedeutung. Rund 20 Prozent der Steuererträge des Kantons stammen von jugendlichen Personen. Allerdings sind die

Fadegrad

von
Samuel BalsigerOperation
Kriegsrausch

«Neutralität ist ein Mythos. Wir sind gewillt, Schweizer Rüstungsgüter im Krieg gegen Russland bereitzustellen. Die Freiheit der Schweiz wird in der Ukraine mit Waffen verteidigt. Wir unterstützen die Agenda, europäische Kampftruppen in Russland zu stationieren.» Dieses irre Kriegsgeschrei stammt zusammengefasst von der linken Kampagnen-Organisation Operation Libero. Deren gescheiterte Co-Präsidentin Sanja Ameti unterstützt auch den Plan der EU, in den paranoiden Aufrüstungswahn 800 Milliarden Euro zu buttern. Die EU ist sich ziemlich sicher: «2030 kommt es zum grossen Krieg mit Russland.»

Als Bürger mit gesundem Menschenverstand fragt man sich: Ist Operation Libero nun komplett durchgeknallt? Wissen diese Agitatoren, deren Organisation aus dem linken Studenten-Milieu entstanden ist, überhaupt, was Krieg bedeutet? In ihrer PR-Kommunikation verwendet Operation Libero den woken Genderstern, weil sich sonst irgendein Zartbesaiteter vom generischen Maskulinum bedroht fühlen könnte, – und nun wollen sie den totalen Krieg gegen die Atomwaffe Russland? Beim näheren Hinsehen macht der Kriegsrausch von Operation Libero aber durchaus Sinn. Seit die Co-Präsidentin und Selbstdarstellerin Sanja Ameti auf Mutter Maria und das Jesuskind ballerte, ist die Organisation im freien Fall: Die Ostschweiz-Sektion löste sich auf, die eigene Volksinitiative musste eingestellt werden, der finanzielle Bankrott steht gemäss der Wirtschaftsprüfung vor der Haustür und die Geschäftsführerin hat gekündigt.

Zudem riss Ameti die gesamte GLP mit in den Abgrund, die nun fast überall stark verliert. Sie ist unterdessen auch nicht mehr Parteimitglied und ihr politisches Amt im Zürcher Gemeinderat ist sie wohl auch bald los. Operation Libero macht es deshalb wie manche dubiosen Staatsregierungen: Wenn es innenpolitisch schlecht läuft, soll ein Krieg die Umfragewerte aufbessern. Zudem war Ameti bei der PR-Agentur Farner für die Rüstungsindustrie zuständig. Falls sie von dort auf Unterstützung hofft, kann das irre Kriegsgeschrei natürlich auch hilfreich sein.

Die Welt jedoch braucht dringend wieder eine neutrale Schweiz, die Frieden verhandeln kann. Mit der Neutralität ist es wie mit dem Kinderkriegen: Halbschwanger gibt es nicht. Wir sind neutral oder wir sind es nicht. Eine «flexible Neutralität» gibt es nicht. Deshalb ist die Schweiz heute leider nicht mehr glaubwürdig, weshalb der Krieg seit weit mehr als 1000 Tagen ohne Friedensverhandlungen weitergeht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Stadtrat knickt vor linksextrem Antifa ein: Grundrechte sind aber nicht verhandelbar

Der schweizerische Bundesstaat garantiert der Bevölkerung Grundrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit oder die Kunstrechte. In der Stadt Zürich gelten diese Grundrechte jedoch nur theoretisch für alle.

Denn immer wieder kommt es vor, dass – hauptsächlich aus dem linksextremen, gewalttätigen Milieu – Andersdenkende angegriffen und mundtot gemacht werden. Dies ist nur möglich, weil der

Stadtrat unter Führung der Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart vor den Gewaltchaoten einknickt. Neuestes Opfer der linken Meinungsdiktatur: Die Dichterin Sängerin Bernarda Brunovic.

Antifa hasst Pluralismus

Die bekennende Christin hätte an einem Musik-Festival auftreten sollen. Das Festival gibt es seit über 25 Jahren. Organisiert wird der Anlass vom Migros-Kultur

turprozent. Man möchte mit dem vielfältigen Programm vor allem Schweizer Musiker fördern. Der Event soll die Musikszene zusammenbringen und als Plattform für Austausch, Information und Talentförderung dienen. Zu viel Weltoffenheit für die linksextreme Antifa.

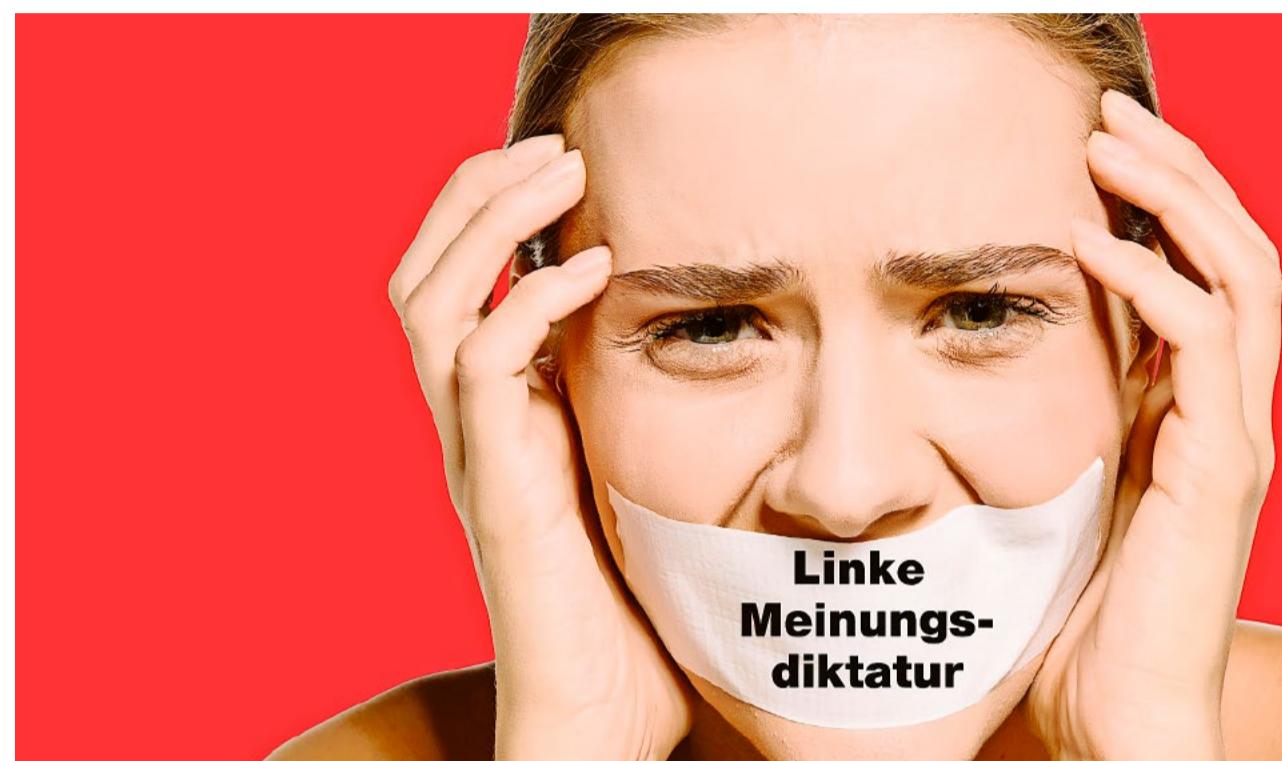
Linksextreme bestimmen die Politik

Die Antifa musste lediglich einen Social-Media-Post mit einer Ankündigung einer Protestaktion hochladen und die Sicherheitsvorsteherin Rykart (Grüne) war bereits nicht mehr imstande, die Grundrechte sicherzustellen. Offenbar hat mit der aktuellen rotgrünen Stadtregierung nicht mehr der Staat das Gewaltmonopol, sondern wer immer Gewalt und Drohungen gegen Andersdenkende anwenden will. Eine gefährliche und beschämende Entwicklung.

NEIN zur linken Meinungsdiktatur

Die SVP fordert den Stadtrat auf, endlich die Grundrechte für alle sicherzustellen. Egal, ob das Jungsozialisten, Massnahmengegner, Christen oder sonstige Gruppen sind. Wer im Rahmen des Rechtsstaates seine Meinung äussern will, muss dies ohne Wenn und Aber tun können.

Faktion und Stadtpartei
der SVP Stadt Zürich



Gehässige Meinungsdiktatur: Die Toleranz endet bei vielen Linken, sobald jemand nicht gleicher Meinung ist. Bild: zVg

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Die Stadt macht den Lindenplatz gewerbefrei

Die Befürchtungen haben sich bestätigt: Die Stadt will den Lindenplatz komplett umbauen. Parkanlagen auf Land, das der Stadt nicht gehört, sollen in Zukunft das Einkaufen mit dem Auto verunmöglichen. Die Läden und Restaurants in der Region werden sich freuen. Es gibt dann keinen Grund mehr, zum Lindenplatz zu kommen. Wülfingen wird, wie andere Stadtquartiere, veröden.

Im Geheimen hat das Baudepartement offenbar seit einiger Zeit an Plänen für den Lindenplatz gewerkelt und eine einzige Variante für gut befunden. Wenigstens zeigt sie diese jetzt. Das Bauamt hat geheimniskrämerisch die Öffentlichkeit ganze acht Stunden vor der Ausstellungseröffnung ins Kirchgemeindehaus Wülfingen eingeladen. Den Medien wurde der Anlass bereits fünf Tage vorher mitgeteilt. Nur dank der Mobilisierung durch die SVP war der Saal im Reformierten Kirchgemeindehaus voll. Das grosszügige Catering wurde

übrigens von auswärts geliefert. Auf die Idee, den Hirschen oder die gleich beim Lindenplatz ansässige Bäckerei Lyner zu berücksichtigen, kam bei der Stadt offenbar niemand.

Ausgestellt werden die Pläne von drei auswärtigen Planungsunternehmen, die ohne tiefere Ortskenntnisse schöne Pläne und Visualisierungen anfertigten. Vorgesehen ist ein Park auf Land, das der Stadt gar nicht gehört, nämlich auf den Parkplätzen der Taverne zum Hirschen. Eigentumsverhältnisse kümmern die Stadt nicht. Wie das Restaurant mit

seinen Sälen weiter existieren soll? Nicht das Problem der Stadt. Dazu passt, dass eine Publikumsdiskussion nicht vorgesehen war. Die Besucher aus dem Quartier haben die Leute vom Bauamt eher gestört.

Missachtung der lokalen Wirtschaft und der Anwohner

Ein zentrales Anliegen der Umgestaltung ist die Einführung einer Begegnungszone, in der Fußgänger Vortritt haben sollen. Dies mag auf den ersten Blick positiv erscheinen, doch die Realität sieht



Eigentlich gehört das Land der Taverne zum Hirschen: Die Stadt plant trotzdem, was sie will. Bild: Stadt Winterthur

anders aus. Fehlen die Parkplätze, fehlen die Kunden. Für lokale Gewerbetreibende wie die Bäckerei Lyner, die Drogerie, die Apotheke und auch die Migros und Restaurants bedeutet dies potenziell existenzbedrohende Umsatzeinbussen. Und dann kommen auch die anvisierten Fußgänger nicht mehr. Warum auch? Ein warnendes Beispiel hierfür ist das Zentrum von Veltheim, das nach ähnlichen Massnahmen kaum noch belebt ist.

Realitätsferne Planung

Die Pläne zeigen ausladende Zugänge zur Eulach mit einer grossen Treppe zum Wasser. Dumm nur, dass die Eulach im Sommer wenig Wasser führt und dann zu stinken beginnt. Dies riecht man heute bis zur Gartenbeiz des Hirschen auf der anderen Strassenseite.

Offenbar haben die Planer auch nicht beachtet, dass der Bäckerei Lyner an der Wieshofstrasse das Mehl mit 10-Tonnen-Lastwagen angeliefert wird. Diese können gemäss den schönen Plänen am Lindenplatz nicht mehr in die Wieshofstrasse fahren. Wenn die Anlieferung von der anderen Seite her erfolgen muss, führt die Route direkt am Kindergarten Wieshofstrasse vorbei. Der war wohl ausserhalb der Pläne. Ortskenntnisse würden helfen.

Fazit: Ein politisches Projekt mit gravierenden Mängeln

Die geplante Umgestaltung des Lindenplatzes mag auf dem Papier ambitioniert wirken, doch in der Praxis offenbart sie erhebliche Schwächen. Die Missachtung der Bedürfnisse lokaler Gewerbetreibender und Anwohner, die fragwürdige Verkehrsführung und die mangelnde Transparenz im Planungsprozess lassen erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens aufkommen. Es ist höchste Zeit, dass der Stadtrat die tatsächlichen Bedürfnisse der Wülflinger Bevölkerung ernsthaft berücksichtigt, bevor irreversible Entscheidungen getroffen werden.

Christian Hartmann,
Präsident SVP Wülfingen

SVP USTER PARTEIHÖCK

Zmitzt unter dä Lüüt i dä Züghuusbar!

Unser jüngster Parteihöck der SVP Uster fand in ganz besonderem Ambiente statt: Willkommä i dä Züghuusbar Uster! Der beliebte Club mit Kultstatus bot die perfekte Kulisse für einen lebendigen politischen Austausch – auch wenn die Clubbeleuchtung das Gruppenfoto etwas «künstlich» wirken lässt.

Als Gast durften wir Nationalrat Mauro Tuena, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, begrüssen. Gemeinsam mit unserem Gastgeber Gemeinderat Martin Keller diskutierten wir über aktuelle sicherheitspolitische Fragen, lokale Themen und die kommenden Abstimmungen.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei waren – so lebt Politik: direkt, bürgernah und mitten in der Bevölkerung.

Schon vorgemerkt? Der nächste Höck findet am Donnerstag, 24. April 2025, in der La Bodega 77 statt – mit Nationalrat Benjamin Fischer als Guest. Wir freuen uns auf euch!

Daniel Schmyder,
Gemeinderat SVP Uster



Zahlreiche Interessierte haben das besondere Ambiente und die Informationen der Referenten in der Züghuusbar genossen.

Bild: zVg

SVP/BGB MEILEN

Generalversammlung im Zeichen der Steuervorlage

Am 17. März 2025 lud die SVP/BGB Meilen die Parteimitglieder zur 106. Generalversammlung in das Stübli der «Heiri Bolleter Weinbau GmbH» in der Aebleten ein.

Im Vorfeld zur Generalversammlung wurden die Gäste und Mitglieder der SVP/BGB Meilen zum Apéro gebeten. Danach begrüsste der Präsident Adrian Bergmann alle Anwesenden und über gab dem Gastreferenten SVP-Kantonsrat und Fraktionschef Tobias Weidmann aus Hettlingen das Wort, welcher über die aktuellen Themen im Kantonsrat berichtete. Sehr detailliert erklärte er die Steuervorlage, die im Mai zur Abstimmung kommt und welche die SVP zur Annahme empfiehlt. Es geht darum, dass der Gewinnsteuersatz für Unternehmen um 1% gesenkt wird. Dies, um die Wirtschaftskraft im Kanton Zürich zu stärken, was folglich unter anderem auch Arbeitsplätze sichert, da weniger Unternehmen in andere Kantone abwandern.

Adrian Bergmann bedankte sich bei Kantonsrat Tobias Weidmann für dessen Ausführungen und eröffnete die Versammlung. Nebst den zahlreichen Mitgliedern begrüsste er im Speziellen Gemeinderat Pepe Bösch, RPK-Mitglied Hansueli Arnold und Kantonsrä tin Marion Matter. Auch stellte er kurz

die zahlreichen Neumitglieder einzeln vor.

Nach einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, dessen ausführliche Version in schriftlicher Form verteilt wurde, leitete Adrian Bergmann zur Jahresrechnung und zum Revisionsbericht über. Der Kassier Martin Oettli

«Am 18. Mai braucht es jede JA-Stimme zur Steuervorlage!»

führte zügig durchs Traktandum und erbat die Décharge-Erteilung durch die Versammlung, welche einstimmig erteilt wurde.

Anschliessend wurden die Eintritte und Austritte aufgezählt. Erfreulicherweise durften ungewohnt viele Eintritte verzeichnet werden. Die Verstorbenen wurden mit einer Gedenkminute gewürdigt.

Bei den Erneuerungswahlen des Vorstands 2025–2027 wurden Marion Matter und Karin Wiederkehr wieder-

gewählt sowie auch die Revisoren Rolf Hagenmacher, Christa Stocker und Edwin Bolleter. Martin Oettli und Anna Bolleter gaben ihren Rücktritt aus dem Vorstand. Der Präsident bedankte sich bei beiden für ihren Einsatz für die Partei in den vergangenen Jahren und überreichte ihnen ein Abschiedsgeschenk.

Unter dem Traktandum Gemeinde wahlen 2026 berichtete die Präsidentin der Findungskommission Marion Matter über den aktuellen Stand. Zu Rückfragen einzelner Mitglieder wurde Stellung genommen.

Nachdem unter «Varia» noch einige Themen diskutiert wurden, dankte der Präsident Adrian Bergmann zum Abschluss den Anwesenden für ihr Erscheinen und das Engagement.

Zum Abschluss der Versammlung hatten Heiri und Herbert Bolleter Ghackets und Hörnli vorbereitet. Der Abend endete bei gemütlichem Beisammensein und interessanten Gesprächen.

Claudia Hagenmacher,
SVP/BGB Meilen

SVP BÄRETSWIL

Generalversammlung mit Ausblick auf die Gemeindewahlen

Die Präsidentin der SVP Bäretswil, Susanne Gerber, konnte 32 Personen an der diesjährigen GV begrüssen. Neben den Standard-Traktanden konnte sie beim Ausblick auf die nächsten Gemeindewahlen informieren.

Die SVP Bäretswil bereitete die kommenden Wahlen mit einer Wahlwerkstatt vor. Da wurden bereits die strategischen Ziele festgelegt. Nun kann die Wahlkommission diesen Frühling die Vorrarbeit der Wahlwerkstatt übernehmen und dann auf die Wahlen fokussieren.

Zudem fand erst kürzlich die Gewerbeausstellung statt, an welcher die SVP Bäretswil einen sehr erfolgreichen Auftritt hatte, mit gewonnenen Neumitgliedern.

Zum krönenden Abschluss durften wir den Kantonsrats-Fraktionspräsidenten Tobias Weidmann begrüssen. Er hielt ein sehr engagiertes Referat zur Steuervorlage, welche am 18. Mai zur Abstimmung kommt. Nach diesem Referat gab es einen feinen Dessert und viele gute Gespräche bis tief in die Nacht hinein. Die SVP Bäretswil ist bereit für das nächste Partejahr.

Beat Führer,
Vizepräsident SVP Bäretswil



Kantonsrat Tobias Weidmann zu Gast im Schützenhaus bei der SVP Bäretswil.

Bild: Beat Führer

LESERBRIEF

Dem Stadtrat fehlt es an Führung

Die jüngsten Enthüllungen zur Trinkwasserunreinigung in Uster machen deutlich: In unserer Stadt fehlt es an Führung in Krisenzeiten. Schon in der Coronakrise war vom Stadtrat kaum etwas zu spüren – keine klare Linie, kein sichtbares Engagement, keine Verantwortung. Und auch jetzt, wo es um etwas so Grundlegendes wie sauberes Trinkwasser geht, zeigt sich dasselbe Bild: zögern, schweigen, ausweichen.

Die Stadt hat mittlerweile selbst eingräumt, dass die Kommunikation mangelhaft war – die Erkenntnis ist richtig, doch sie ist das Mindeste. Ein sofortiges Hinstehen und das Übernehmen von Verantwortung darf von einem Stadtrat erwartet werden. Mit SP-Stadtrat Stefan Feldmann hat die Stadt Uster einen diplomierten PR-Berater, der als Präsident des Verwaltungsrats der Energie Uster AG direkt betroffen war. Doch was die Öffentlichkeit von ihm zu hören bekam, war alles andere als professionell.

Krisen verlangen nach Verantwortung und Leadership. Wenn die Bevölkerung über Social Media Gerüchte liest, anstatt klare Fakten über die offiziellen Kanäle zu erhalten, ist das kein Versehen – das ist Führungsversagen. Und wenn man dann auch noch ohne Konsequenzen zur Tagesordnung übergeht, ist das ein Affront gegenüber all jenen, die sich in dieser Stadt auf die kompetente Führung durch den Stadtrat verlassen.

Ich begrüsse es, dass man die Kommunikationsmängel endlich anerkennt. In Anbetracht dessen, dass es an grundsätzlichem Führungsverständnis mangelt, bezweifle ich, dass ein teures externes Mandat die nötige Wirkung entfaltet. Vielleicht wäre es zielführender – und günstiger –, wenn der Stadtrat seine Hausaufgaben zuerst selbst machen würde.

Daniel Schmyder,
Gemeinderat SVP Uster

Neue Normalität?

24.03.2025, Romanshorn (TG)

Kaum in der Schweiz, schon zugestochen, eingebrochen und gestohlen - Gebürtiger Palästinenser wegen eventualvorsätzlicher Tötung verurteilt.

Quelle: Thurgauer Zeitung, 24.03.2025

26.03.2025, Frauenfeld (TG)

Gerichtsprozess: Marokkaner erscheint nicht vor Gericht - Abgewiesener Asyl-Migrant auf Diebestour - 31 Delikte gehen auf sein Konto.

Quelle: Thurgauer Zeitung, 26.03.2025

28.03.2025, Wetzikon (ZH)

Mittelschwere Verletzungen zugefügt - Kosovare greift seine Frau und weitere Personen in Wohnung an.

Quelle: Blick, 28.03.2025

31.03.2025, Neuenburg (NE)

Bar-Streit zwischen Kosovare und Eritreer eskaliert - Kosovare sticht mit Messer auf Eritreer ein.

Quelle: 20 minutes, 31.03.2025

Grenzschutz-Initiative Asylmissbrauch stoppen!

Jetzt unterschreiben: grenzschutz-initiative.ch



EINLADUNG zur Abstimmungsarena

Wann: Dienstag, 8. April 2025

Ab 19:00 Uhr, Start 19:30 Uhr

Wo: Restaurant Krone

Bahnhofstrasse 163, Wetzikon



Steuersenkung im Kanton Zürich

Pro

Marcel Suter
Kantonsrat SVP



Cristina Cortellini
Kantonsräatin GLP

Moderation durch Christian Brändli, ehemaliger Chefredaktor ZO Medien

Durchs Programm führt René Schweizer, Präsident der SVP-Bezirk Hinwil

Kontra

Harry Brandenberger
Kantonsrat SP



Benjamin Walder
Kantonsrat Grüne

Alle sind herzlich willkommen, gerne
offerieren wir Ihnen im Anschluss ein Apéro



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Dienstag, 29. April 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage, Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen, u.a. mit den Kantonsräten Marc Bochsler und Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 Uhr, SVP-Stand, Frühlingsmarkt, Stadel b. Niederglatt, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Dienstag, 8. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Restaurant Krone, Bahnhofstrasse 163, Wetzikon, mit Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 9. Mai 2025, 20.30 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», im Anschluss an die Generalversammlung, Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Uster/Greifensee
Samstag, 5. April 2025, 14.00 Uhr, Parteistammtisch, Restaurant Krone, Schlossstrasse 4, Greifensee, mit Nationalrat Alfred Heer. Anmeldung unter haese.frey@bluewin.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Dienstag, 8. April 2025, 20.00 Uhr, Podium «EU-Rahmenvertrag», Grosser Mönchhofsaal, Mönchaltorf, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 3
Dienstag, 13. Mai 2025, 18.30 Uhr, Podium «Entwicklungshilfe – Wie weiter?», Reformiertes Kirchgemeindehaus Wiedikon, Bühlstrasse 11, Zürich, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWST. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch. **Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhart Wegelin; ROMÜ – Roland Müller. **Erscheint jeden Freitag.** **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 12. April 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röslibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 26. April 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 9. Mai 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glatttalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 17. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung Pro Schweiz, Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, Bern.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschissen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

Parteistammtisch SVP Greifensee

Restaurant Krone Greifensee - Im grünen Säli



Unser Guest:
Nationalrat Alfred (Fredi) Heer

Wann?
Samstag, 5. April 2025
Referat: 14.00 Uhr

Referat:
«Aktuelle kantonale und nationale Themen»





Anmeldung SVP Greifensee:
Präsident Haese Frey
haese.frey@bluewin.ch oder 079 277 55 55

Er kommt immer wieder: Pole (60) schon 16 Mal ausgeschafft

Ein Pole wird 16 Mal aus der Schweiz ausgeschafft – und reist immer wieder ein, trotz Einreiseverbote und obwohl er bereits 33 Mal straffällig wurde!



ZOLL
DOLLAINE
Jetzt
Grenzschutz-Initiative
unterschreiben!



Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!